

Kleine Anfrage

**der Abg. Hans Peter Stauch, Emil Sänze und
Dr. Rainer Podeswa AfD**

und

Antwort

des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

**Mitglieder der Landesregierung im Rat der von der
European Climate Foundation (ECF) und der Stiftung
Mercator gegründeten und finanzierten „Denkfabriken“
„Agora Verkehrswende“ und „Agora Energiewende“ –
besteht Einfluss auf die Verkehrs- und Energiepolitik
des Landes?**

Kleine Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche konkreten Tätigkeiten (unter tabellarischer Aufstellung) mit welchen konkreten Arbeitsergebnissen (z. B. Tagungen, Zielvereinbarungen, Resolutionen, policy papers, Strategiepapiere, Handlungsempfehlungen für politische Akteure) umfasste bzw. umfasst seit dem 1. Januar 2012 und bis heute die Mitgliedschaft des Ministers Franz Untersteller MdL im Rat der „Denkfabrik“ Agora Energiewende (Berlin)?
2. Welche konkreten Tätigkeiten (unter tabellarischer Aufstellung) mit welchen konkreten Arbeitsergebnissen (z. B. Tagungen, Zielvereinbarungen, Resolutionen, policy papers, Strategiepapiere, Handlungsempfehlungen für politische Akteure) umfasste bzw. umfasst seit dem 1. Januar 2016 und bis heute die Mitgliedschaft des Ministers Winfried Hermann MdL im Rat der „Denkfabrik“ Agora Verkehrswende (Berlin)?
3. Wie ist nach Form und Inhalten (einschließlich möglicher vereinbarter Zielsetzungen und möglicher eingegangener Verpflichtungen beider Seiten aus dieser Mitgliedschaft) das Rechtsverhältnis ausgestaltet, welches die Mitgliedschaft bzw. Tätigkeit von Landesministern in den Räten der unter Fragen 1 und 2 genannten „Denkfabriken“ begründet?

4. Welche von welcher Person oder Einrichtung bestrittene Vergütung in Form von Geld oder geldwerten Vorteilen in jeweils welcher Höhe erhalten gegebenenfalls die unter Fragen 1 und 2 genannten Landesminister für ihre Mitgliedschaft bzw. Tätigkeit im Rat der genannten „Denkfabriken“?
5. In welcher durch die Fragen 1 bis 4 nicht abgedeckten sonstigen Form arbeiten Stellen bzw. Funktionsträger (z. B. Minister, Staatssekretäre, Landesbeamte) im Verantwortungsbereich der Landesregierung mit Einrichtungen (z. B. Stiftungen, „Denkfabriken“, Interessenverbände, gesellschaftliche Initiativen, halbstaatliche oder staatliche Einrichtungen) zusammen, die in das globale Netzwerk der in San Francisco ansässigen ClimateWorks Foundation eingebunden sind bzw. sich öffentlich als Unterstützer dieses Netzwerks darstellen (z. B. European Climate Foundation, Stiftung Mercator und von ihr gegründete Einrichtungen wie Clean Energy Wire, Bloomberg Philanthropies, CIFF, Good Energy Foundation, IKEA Foundation, William + Flora Hewlett Foundation, Nationale Postcode Loterij, Growald Family Fund, KR Foundation, McCall Mcbain Foundation, Sitra, OAK Foundation, The Grantham Foundation, Rockefeller Brothers Fund)?
6. Welche konkreten Impulse für die Landespolitik (z. B. Ausrichtung, Zielsetzungen, Strategien, Maßnahmen, Kampagnen zur Meinungsbildung) wurden aus der unter Fragen 1 und 2 erfragten Tätigkeit von Mitgliedern der Landesregierung in den Räten zweier von der privaten Stiftung Mercator mit gegründeten und mit finanzierten „Denkfabriken“ bisher in welcher Weise bei welchen Kosten für den Landeshaushalt (unter Nennung der relevanten Titel des Staatshaushaltsplans) implementiert?
7. Welche (unter tabellarischer Aufstellung) weiteren Vorhaben der Landesregierung, die auf Kontakte bzw. Zusammenarbeit von Landeseinrichtungen mit den unter Fragen 1, 2 und 5 genannten Stiftungen oder „Denkfabriken“ zurückgehen, waren bzw. sind in der vergangenen und in der aktuellen Legislatur in der Umsetzung bzw. werden in welchem Zeitraum und mit welchem Kostenaufwand für das Land in der Planung bis 2030 zur Verwirklichung vorgesehen?
8. Welche (unter tabellarischer Aufstellung) Kontakte mit den unter Frage 5. erfragten Einrichtungen im Umfeld der ClimateWorks Foundation (San Francisco) wurden von welchen Mitgliedern der von Ministerpräsident Kretschmann geleiteten Delegationsreise vom 13. bis 22. September 2018 nach San Francisco, Silicon Valley und Ontario mit welcher Zielsetzung und welchen Ergebnissen (z. B. Zielvereinbarungen, Absichtserklärungen, Maßnahmenpläne) geknüpft bzw. gepflegt?
9. Wie bewertet sie es im Hinblick auf demokratische Prinzipien – Transparenz, Verantwortlichkeit, demokratische Kontrolle –, wenn Mitglieder der staatlichen Exekutive in nicht demokratisch legitimierten, von privaten Stiftungen finanzierten Einrichtungen institutionell mitwirken, die ihrerseits (siehe die Broschüre: Agora Verkehrswende [Hrsg.] „Neue Wege in die Verkehrswende. Impulse für Kommunikationskampagnen zum Behaviour Change“, April 2019) einen faktischen Anspruch auf die Formulierung politischer Ziele samt Einsatz von Framing- und Nudging-Techniken erheben?

23.04.2019

Stauch, Sänze, Dr. Podeswa AfD

Begründung

Die Homepage der European Climate Foundation (ECF) nennt „Deutschlands Energiewende“ eine „Globale Inspirationsquelle“, die „auf einem breiten gesellschaftlichen und parteiübergreifenden Konsens“ basiere. Sie hat ein „Deutschland Programm“ formuliert, um den „Übergang zu einer emissionsarmen Gesellschaft (...) zu erleichtern“ und arbeitet nach eigenem Bekunden „partnerschaftlich“ mit einschlägigen Gruppen zusammen, die sie als „Interessengruppen der deutschen Zivilgesellschaft“ bezeichnet – unter anderem mit DUH, NABU, Germanwatch, WWF und der Klima-Allianz. Welcher Art die Zusammenarbeit ist, wird nicht erläutert. ECH und Stiftung Mercator (Eigenbezeichnung: „eine private, unabhängige Stiftung“, „eine führende Stiftung in Deutschland“) haben gemeinsam die Agora Energiewende (2012) und Agora Verkehrswende (2016) gegründet, in deren Räten die Landesminister Untersteller bzw. Hermann Mitglied sind. In diesem Zusammenhang interessiert, ob, in welcher Weise und mit welchem Erfolg die Agenda demokratisch nicht verankerter Einrichtungen im Verband mit einschlägigen Interessengruppen Einfluss auf die Landespolitik nehmen will. Agora Verkehrswende wurde seit ihrer Gründung bis Ende 2018 von ECF und Stiftung Mercator mit fünf Millionen Euro ausgestattet. ECF bezeichnet sich als „Gemeinschaftsinitiative mehrerer großer, international tätiger Stiftungen aus Europa und den Vereinigten Staaten gegen die drohende Erdüberhitzung.“ Auch bei ECF ist keinerlei demokratische Legitimation erkennbar. Die Fragesteller sind der Ansicht, dass die Formulierung politischer Agenden ausschließlich demokratisch legitimierten und kontrollierten Institutionen zu obliegen hat, und niemand anders, auch nicht unter dem Anspruch der Weltrettung. Expertise ist in staatlichen Einrichtungen genügend vorhanden. Eine Flankierung staatlicher Zuständigkeit durch demokratisch nicht kontrollierte private Interessen beschädigt nach Ansicht der Fragesteller das Vertrauen der Bürger in den Staat, besonders wenn Volksvertreter mitwirken.

Antwort*)

Mit Schreiben vom 7. Juni 2019 beantwortet das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft im Einvernehmen mit dem Staatsministerium, dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration, dem Ministerium für Finanzen, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, dem Ministerium für Soziales und Integration, dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, dem Ministerium der Justiz und für Europa sowie dem Ministerium für Verkehr die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Welche konkreten Tätigkeiten (unter tabellarischer Aufstellung) mit welchen konkreten Arbeitsergebnissen (z. B. Tagungen, Zielvereinbarungen, Resolutionen, policy papers, Strategiepapiere, Handlungsempfehlungen für politische Akteure) umfasste bzw. umfasst seit dem 1. Januar 2012 und bis heute die Mitgliedschaft des Ministers Franz Untersteller MdL im Rat der „Denkfabrik“ Agora Energiewende (Berlin)?*
- 2. Welche konkreten Tätigkeiten (unter tabellarischer Aufstellung) mit welchen konkreten Arbeitsergebnissen (z. B. Tagungen, Zielvereinbarungen, Resolutionen, policy papers, Strategiepapiere, Handlungsempfehlungen für politische Akteure) umfasste bzw. umfasst seit dem 1. Januar 2016 und bis heute die Mitgliedschaft des Ministers Winfried Hermann MdL im Rat der „Denkfabrik“ Agora Verkehrswende (Berlin)?*

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Im Rat der Agora Energiewende kommen verschiedene Organisationen sowie politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger zusammen, um – unterfüttert durch wissenschaftliche Expertise – neue Lösungsmodelle für die zentralen Herausforderungen der Energiewende zu diskutieren. Er ist kein Entscheidungsgremium. Als Mitglied des Rats bringt Minister Franz Untersteller MdL seine Expertise ein.

Im Rat der Agora Verkehrswende sind u. a. Vertreterinnen und Vertreter aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik sowie der Europäischen Union, von Bundesbehörden, Gewerkschaften sowie von Unternehmen, Verbänden und Wissenschaft versammelt. Er ist kein Entscheidungsgremium. Es ist darüber hinaus auch nicht vorgesehen, eigene Stellungnahmen des Rates oder einzelner Mitglieder zu verfassen. Neben der Funktion des Austauschs und der Diskussion hat der Rat der Agora Verkehrswende eine beratende Funktion gegenüber dem Direktor und dem Team von Agora Verkehrswende. Dies gilt insbesondere für die Themenauswahl und das darauf aufbauende Arbeitsprogramm inklusive zugehöriger Studien. Minister Winfried Hermann MdL nimmt in seiner Funktion als Ratsmitglied an den Sitzungen teil und bringt dort seine Expertise ein.

3. Wie ist nach Form und Inhalten (einschließlich möglicher vereinbarter Zielsetzungen und möglicher eingegangener Verpflichtungen beider Seiten aus dieser Mitgliedschaft) das Rechtsverhältnis ausgestaltet, welches die Mitgliedschaft bzw. Tätigkeit von Landesministern in den Räten der unter Fragen 1 und 2 genannten „Denkfabriken“ begründet?

Die Mitglieder des Rates der Agora Energiewende und der Agora Verkehrswende werden formlos zur Mitarbeit eingeladen. Ein Rechtsverhältnis besteht hier nicht.

4. Welche von welcher Person oder Einrichtung bestrittene Vergütung in Form von Geld oder geldwerten Vorteilen in jeweils welcher Höhe erhalten gegebenenfalls die unter Fragen 1 und 2 genannten Landesminister für ihre Mitgliedschaft bzw. Tätigkeit im Rat der genannten „Denkfabriken“?

Eine Vergütung der Tätigkeiten im Rat der Agora Energiewende und im Rat der Agora Verkehrswende erfolgt nicht.

5. In welcher durch die Fragen 1 bis 4 nicht abgedeckten sonstigen Form arbeiten Stellen bzw. Funktionsträger (z. B. Minister, Staatssekretäre, Landesbeamte) im Verantwortungsbereich der Landesregierung mit Einrichtungen (z. B. Stiftungen, „Denkfabriken“, Interessenverbände, gesellschaftliche Initiativen, halbstaatliche oder staatliche Einrichtungen) zusammen, die in das globale Netzwerk der in San Francisco ansässigen ClimateWorks Foundation eingebunden sind bzw. sich öffentlich als Unterstützer dieses Netzwerks darstellen (z. B. European Climate Foundation, Stiftung Mercator und von ihr gegründete Einrichtungen wie Clean Energy Wire, Bloomberg Philanthropies, CIFF, Good Energie Foundation, IKEA Foundation, William + Flora Hewlett Foundation, Nationale Postcode Loterij, Growald Family Fund, KR Foundation, McCall McBain Foundation, Sitra, OAK Foundation, The Grantham Foundation, Rockefeller Brothers Fund)?

Mit Blick auf den unverhältnismäßig hohen Aufwand einer Abfrage in der gesamten Landesverwaltung beschränkt sich die folgende Antwort auf den unmittelbaren Bereich der Ministerien.

Mitglieder der Landesregierung und Vertreterinnen und Vertreter der Landesministerien stehen im Rahmen des politischen Meinungsaustausches und der politischen Willensbildung in regem Austausch mit Institutionen, Stiftungen, Think Tanks, Interessenverbänden, gesellschaftlichen Initiativen, NGOs wie auch staatlichen Einrichtungen. Die Expertise entsprechender Einrichtungen kann in Einzelfällen im Rahmen von Fachveranstaltungen angefragt werden.

Seit 2012 ist das Land Mitglied in der „States and Regions Alliance“ der gemeinnützigen Organisation The Climate Group mit Sitz in London. Erste Kontakte bestanden seit 2009. Mittlerweile ist die Allianz in der durch Baden-Württemberg und Kalifornien 2015 initiierten Under2Coalition aufgegangen. Die Climate Group arbeitet ausweislich ihrer Internetseite mit einer Reihe der in der Anfrage genannten Einrichtungen zusammen. Sie nehmen keinen Einfluss auf die politischen Strategien und Ziele der Landesregierung.

Im Rahmen der New York-Reise 2017 von Minister Untersteller MdL hatte der Programmdirektor für Nachhaltige Entwicklung beim Rockefeller Brothers Fund in New York am 3. Oktober 2017 die Delegation aus Baden-Württemberg und Vertreterinnen und Vertreter von Stiftungen, die im Bereich Klimaschutz und Energiewende engagiert sind, zu einer Round-Table-Session eingeladen. Ziel des Gesprächs war, weitere Möglichkeiten der Unterstützung der Under2Coalition zu diskutieren.

Das Programm „Kulturagenten für kreative Schulen in Baden-Württemberg“, das von der Stiftung Mercator und der Bundeskulturstiftung initiiert und zum Teil finanziert und von der Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung umgesetzt wird, hat eine Laufzeit vom Schuljahr 2015/2016 bis zum Schuljahr 2018/2019. Vertragsgemäß endet das Programm zum 31. Juli 2019. Von den beteiligten Stiftungen wurden Fördermittel in Höhe von 1.527.666 Euro zur Verfügung gestellt, das Land Baden-Württemberg förderte mit 1.598.125 Euro. Im Landesanteil enthalten ist ein Finanzierungsanteil der zehn am Programm beteiligten Kommunen in Höhe von 300.000 Euro. Ziel des Kulturagenten-Programms ist es, Kindern und Jugendlichen einen Zugang zu kultureller Bildung und den Künsten zu eröffnen, kreatives Denken zu fördern, zu eigenen Erfahrungen mit Kunst und Kultur anzuregen und so die Teilhabe an Kunst und Kultur zum festen Bestandteil des Alltags von Kindern und Jugendlichen zu machen.

6. Welche konkreten Impulse für die Landespolitik (z. B. Ausrichtung, Zielsetzungen, Strategien, Maßnahmen, Kampagnen zur Meinungsbildung) wurden aus der unter Fragen 1 und 2 erfragten Tätigkeit von Mitgliedern der Landesregierung in den Räten zweier von der privaten Stiftung Mercator mit gegründeten und mit finanzierten „Denkfabriken“ bisher in welcher Weise bei welchen Kosten für den Landeshaushalt (unter Nennung der relevanten Titel des Staatshaushaltsplans) implementiert?

Konkrete Maßnahmen, Kampagnen und Strategien haben sich nicht ergeben und wurden demnach auch nicht kostenwirksam im Landeshaushalt implementiert.

7. Welche (unter tabellarischer Aufstellung) weiteren Vorhaben der Landesregierung, die auf Kontakte bzw. Zusammenarbeit von Landeseinrichtungen mit den unter Fragen 1, 2 und 5 genannten Stiftungen oder „Denkfabriken“ zurückgehen, waren bzw. sind in der vergangenen und in der aktuellen Legislatur in der Umsetzung bzw. werden in welchem Zeitraum und mit welchem Kostenaufwand für das Land in der Planung bis 2030 zur Verwirklichung vorgesehen?

Auf die Stellungnahme zu den Fragen 1, 2 und 5 wird verwiesen.

8. Welche (unter tabellarischer Aufstellung) Kontakte mit den unter Frage 5 erfragten Einrichtungen im Umfeld der ClimateWorks Foundation (San Francisco) wurden von welchen Mitgliedern der von Ministerpräsident Kretschmann geleiteten Delegationsreise vom 13. bis 22. September 2018 nach San Francisco, Silicon Valley und Ontario mit welcher Zielsetzung und welchen Ergebnissen (z. B. Zielvereinbarungen, Absichtserklärungen, Maßnahmenpläne) geknüpft bzw. gepflegt?

Entsprechende Kontakte sind der Landesregierung nicht bekannt.

9. *Wie bewertet sie es im Hinblick auf demokratische Prinzipien – Transparenz, Verantwortlichkeit, demokratische Kontrolle –, wenn Mitglieder der staatlichen Exekutive in nicht demokratisch legitimierten, von privaten Stiftungen finanzierten Einrichtungen institutionell mitwirken, die ihrerseits (siehe die Broschüre: Agora Verkehrswende [Hrsg.] „Neue Wege in die Verkehrswende. Impulse für Kommunikationskampagnen zum Behaviour Change“, April 2019) einen faktischen Anspruch auf die Formulierung politischer Ziele samt Einsatz von Framing- und Nudging-Techniken erheben?*

Der Austausch der Exekutive mit relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen ist Teil des Regierungsgeschäfts.

Untersteller

Minister für Umwelt,
Klima und Energiewirtschaft